

# Presseinformation

Potsdam, 29. Juni 2006

## **Brandenburg übernimmt Vorsitz im Länderausschuss LASI**

**Am 1. Juli übernimmt Brandenburg für drei Jahre den Vorsitz im Länderausschuss für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik (LASI). Am Rande der Gesundheitsministerkonferenz in Dessau übergab am Donnerstag Nordrhein-Westfalens Arbeitsminister Karl-Josef Laumann den Staffelstab symbolisch an seine brandenburgische Amtskollegin Dagmar Ziegler.**

Der Länderausschuss beschäftigt sich mit Fragen der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes in der Arbeitswelt. Ziel ist, eine einheitliche Anwendung und Durchführung in den Ländern zu erreichen. Das Gremium bereitet die Beschlüsse der Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) hierzu vor und koordiniert die Umsetzung in den Ländern.

Unter dem Vorsitz Nordrhein-Westfalens wurden wesentliche Grundlagen für einen verbesserten Arbeitsschutz gelegt. Als ein wichtiger Beitrag zur Deregulierung des Arbeitsschutzsystems wurde so der Entwurf einer gemeinsamen deutschen Arbeitsschutzstrategie von Bund, Ländern und Unfallversicherungsträgern erstellt. Über diesen wird die Arbeits- und Sozialministerkonferenz im Herbst befinden.

**Nordrhein-Westfalens Arbeitsminister Laumann:** „Deregulierung von Arbeitsschutzvorschriften, Entbürokratisierung und Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Staat und Berufsgenossenschaften waren prägende Themen der Diskussion in den letzten Jahren.

Die Unterstützung der Betriebe beim Schutz und der Förderung der Gesundheit ihrer Beschäftigten ist wichtige Aufgabe der staatlichen Arbeitsschutzbehörden. Zugleich müssen sie bei den „schwarzen Schafen“ konsequent die Einhaltung von Arbeitsschutzvorschriften überwachen: Zu Lasten der Gesundheit der Beschäftigten darf sich kein Betrieb Wettbewerbsvorteile verschaffen. Besonders beachtet werden müssen dabei auch prekäre Arbeitsverhältnisse, da sie häufig dadurch gekennzeichnet sind, dass der Arbeitsschutz mangelhaft ist.“

Schwerpunkt des brandenburgischen Vorsitzes wird nun unter anderem die Umsetzung der mit der gemeinsamen deutschen Arbeitsschutzstrategie verfolgten Arbeitsschutzziele sein. Hierzu zählen etwa Arbeitsprogramme der Länder zur Prävention arbeitsbedingter Hauterkrankungen oder zur Reduktion physischer und psychischer Fehlbelastungen. Damit soll den Herausforderungen entsprochen werden, die sich etwa aus geänderten Belastungen in der Arbeitswelt und veränderten Erwerbsbiografien ergeben. Der Arbeits-

**Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg**

Heinrich-Mann-Allee 103 | 14473 Potsdam | Telefon: (0331) 866-5040 | Telefax: (0331) 866-5049

Pressesprecher: Jens Büttner | E-Mail: jens.buettner@masgf.brandenburg.de | Internet: www.masgf.brandenburg.de

**Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen**

Fürstenwall 25 | 40219 Düsseldorf | Telefon: (0211) 855-3118 | Telefax: (0211) 855-3127

E-Mail: presse@mags.nrw.de | Internet: www.mags.nrw.de

schutz soll so zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit, zur Entlastung der sozialen Sicherungssysteme und zur Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen beitragen.

**Brandenburgs Arbeitsministerin Ziegler** unterstrich: „Auch bei steigendem Konkurrenzdruck dürfen Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz nicht vernachlässigt werden. Qualifizierte, gesunde und leistungsfähige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden immer wichtiger für eine nachhaltige Unternehmensentwicklung. Mit präventiven Maßnahmen in den Betrieben muss erreicht werden, dass Unfälle und arbeitsbedingte Erkrankungen vermieden und die Gesundheit der Beschäftigten für ein ganzes Arbeitsleben und darüber hinaus gesichert werden. Dies liegt nicht nur im Interesse der Beschäftigten und der Betriebe, sondern trägt auch zur Entlastung der Sozialkassen bei.“